



## Materialien zum Lernmodul: **Wie arbeitet die Europäische Union?**

### **Das EU Energie- und Klimapaket in Österreich – Ausschnitte aus Presseberichten**

#### **EU-Klimaschutz regt Österreich auf**

KURIER Online, 23.01.2008

Das Klimaschutz-Paket stößt in Österreich auf Widerstand: Die Politik findet die Auflagen zu hoch, für Umweltorganisationen sind sie zu niedrig.

Kritik an dem Paket, das EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso am Mittwoch präsentierte, kommt sowohl von Seiten der Wirtschaft als auch von den Umweltorganisationen und Politik – wenn auch aus verschiedenen Gründen. So fragte sich etwa Wirtschaftsminister Bartenstein, „ob das wirklich eine faire Vorgangsweise ist“. Konkret kritisierte er, dass Länder, die jetzt schon einen hohen Anteil an erneuerbarer Energie haben, mit den gleichen Auflagen belegt würden wie Staaten, die bisher wenig gemacht hätten. (...)

#### Überzogene Ziele

Für den Verband der Elektrizitätsunternehmen Österreichs (VEÖ) sind die EU-Vorgaben bei erneuerbaren Energien und Klimaschutz überzogen. „Österreich und hier insbesondere auch die österreichische E-Wirtschaft hat sich immer zu einem aktiven Klimaschutz und Umweltschutz bekannt - längst bevor dieses Thema in aller Munde war“, betonte VEÖ-Präsident Leo Windtner.

„Auf Basis dieses Selbstverständnisses wurden bereits hohe Vorleistungen erbracht - etwa beim Einsatz erneuerbarer Energien oder auch bei der EU-CO<sub>2</sub>-Emissionsreduktions-Verpflichtung. Wir erwarten uns, dass diese Vorleistungen nun auch auf europäischer Ebene Anerkennung finden und nicht noch durch die Vorschreibung besonders hoher Ziele konterkariert werden“, forderte Windtner.

#### Zu wenig Reduktion

Auch die NGO Greenpeace gab sich nicht zufrieden mit dem neuen Klimaschutz-Zielen der EU. Die angestrebten minus 20 Prozent CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2020 werden der Herausforderung durch den globalen Klimawandel noch immer nicht gerecht. Um die Erderwärmung unter 2 Grad Celsius zu halten, müssten laut UN-Weltklimarat die CO<sub>2</sub>-Emissionen der Industriestaaten um 25 bis 40 Prozent bis zum Jahr 2020 reduziert werden, so Greenpeace. Die von der EU zugeteilten Reduktionsziele für Österreich belohnten fünfzehn Jahre des Nichtstuns, so Greenpeace-Sprecher Niklas Schinerl: „Minus 16 Prozent auf Grundlage des Basisjahres von 2005 bedeutet, dass Österreich vom ursprünglichen vereinbarten Kyoto-Ziel weit entfernt bleibt. Durch dieses neue Reduktionsziel kommt die Alpenrepublik mit rund 77 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr wieder auf das Niveau von 1990“. (...)

## **Klimaschutz: Voest droht mit Investitionsstopp**

Die Presse Online, 18.03.2008

Voestalpine-Chef Wolfgang Eder stellt die Rute ins Fenster: Wenn die Pläne der EU zur CO<sub>2</sub>-Reduktion nicht geändert werden, wird das Unternehmen nicht in Österreich investieren.

Der Chef der voestalpine AG, Wolfgang Eder, droht damit, die Stahlproduktion in Linz zu reduzieren, sollte die EU ihre Pläne zur CO<sub>2</sub>-Reduktion wie geplant umsetzen. Konkret geht es um zwei geplante Ausbauprojekte in Österreich, die gestoppt werden könnten. Eder kritisiert, dass es keine CO<sub>2</sub>-Freizertifikate für besonders umweltfreundliche Stahlproduzenten gibt.

Gleichzeitig buhlen Standorte wie Rumänien, Bulgarien und die Ukraine um die Gunst der voestalpine. Diese begutachtet derzeit zehn Standorte, an die der geplante Ausbau der Stahlproduktion ausgelagert werden könnte. Die Ukraine, die nicht der EU angehört, hat keine strengen Vorschriften betreffend die CO<sub>2</sub>-Reduktion. (APA)

## **Österreich bremst beim Klimaschutz**

Die Presse Online, 04.06.2008

Umwelt- und Wirtschaftsminister fordern, dass andere Länder mehr beitragen.

(...) Österreich drängt auch auf Ausnahmen für Industriezweige wie Aluminium und Stahl, die selbst besonders viel Energie aufwenden. Sie komme der Klimaschutz sonst zu teuer zu stehen. Bis 2009 sollen sich die EU-Länder auf die Details zu den EU-Klimazielen einigen.

## **SP-EU-Abgeordnete zu Emissionshandel: Umweltschutz und Arbeitsplätze dürfen kein Widerspruch sein =**

OTS-Pressesaussendung, Do, 09.Okt 2008

Wien (SK) - Anlässlich der jüngsten Ausschussabstimmungen im Europäischen Parlament zum EU-Klimapakete betonen heute die SPÖ-Europaabgeordneten Karin Scheele, Hannes Swoboda und Harald Ettl, dass Umweltschutz und Arbeitsplätze kein Widerspruch sein dürfen.

“Bei seiner Abstimmung zum Emissionshandel hat der Umweltausschuss ein klares Bekenntnis zur Bekämpfung des Klimawandels abgelegt. Jetzt müssen aber die konkreten Beschlüsse zur CO<sub>2</sub>-Reduktion auf ihre Konsequenzen für die europäische Industrie hin überprüft werden. Ein Abwandern technologisch fortschrittlicher Industrien wie der Voest aus Europa bedeutet einen Verlust von Arbeitsplätzen, der nicht hingenommen werden kann“, so die Europaabgeordneten heute. Eine Verlagerung der Produktion in Regionen mit geringen Umweltauflagen würde darüber hinaus dem Umweltschutzgedanken zuwiderlaufen.

“Die österreichischen Sozialdemokraten im Europäischen Parlament werden daher ohne Aufgabe der umweltpolitischen Ziele für Lösungen eintreten, die die Sicherheit der Arbeitsplätze in der Industrie garantieren. Vor allem gilt es Unternehmen zu schützen, die bereits in der Vergangenheit einen Beitrag zur Verbesserung der Umweltsituation geleistet haben. Gerade vor dem Hintergrund der jüngsten Wirtschaftskrise dürfen Umwelt und Arbeitsplätze nicht gegeneinander ausgespielt werden“, so die EU-Abgeordneten.

Rückfragehinweis: Christoph Pollinger, SPÖ-Delegation im Europäischen Parlament, Tel.: 0043 650 957 52 14.

Rückfragehinweis: SPÖ-Bundesorganisation, Pressedienst, Tel.: 01/53427-275, Löwelstraße 18, 1014 Wien

## Klimapaket mit Krisenrabatt

Die Presse Online, 12.12.2008

ZUGESTÄNDNISSE AN INDUSTRIE. Der EU-Gipfel fixierte eine 20-prozentige CO-Reduktion bis 2020. Betriebe, die besonders viel Energie aufwenden, sollen aber weniger beitragen müssen.

(...)

Wer zu wenig zum Ziel beiträgt, soll das büßen: Er muss "Emissionszertifikate" kaufen – grundsätzlich mehr als bisher, so lautet der Plan. Die Zertifikate berechtigen zum Ausstoß einer bestimmten Menge CO. Der Handelspreis, zu dem auch die Republik Zertifikate verkauft, beträgt pro Tonne CO derzeit 15Euro. Dieser Preis soll steigen. Denn künftig soll die Gesamtmenge der Zertifikate sinken, um das EU-Klimaziel zu erfüllen. So wollen die Regierungschefs ihren Erfolg 2020 sichern.

Konsequent waren sie beim EU-Gipfel aber nicht: Denn Betriebe, die besonders viel Energie aufwenden und deshalb überdurchschnittlich zur Kassa gebeten würden, erhalten nun großzügigere Ausnahmen bei den Emissionszertifikaten als lange geplant. So sinkt voraussichtlich ihre Motivation, in modernere, also umweltschonendere Technik zu investieren.

### 100-Prozent-Ausnahmen

Können Betriebe unter anderem nachweisen, dass ihre Produktion aufgrund der Zertifikate überdurchschnittlich teurer käme, dann sollen sie bis zu 100Prozent ihrer Zertifikate gratis bekommen. So lautet der Kompromiss zwischen den 27 EU-Ländern vom Freitag. Der Druck der Industrie in den Mitgliedstaaten war hoch gewesen, viele Betriebe hatten mit der Abwanderung in Nicht-EU-Länder gedroht, wo weniger strenge Klimaziele gelten. In Österreich hatte die Industriellenvereinigung gewarnt, man würde rund 170.000 Arbeitsplätze aufs Spiel setzen.

(...) Man habe die "Mitte gesucht und gefunden", freute sich Faymann nach der Einigung beim Gipfel. Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze würden Hand in Hand gehen. Die internationale Finanzkrise hatte auf dem EU-Parkett jene gestärkt, die auf eine Lockerung des Pakets gedrängt hatten.

Protest hagelte es von Umweltschützern: Durch die zahlreichen "Schlupflöcher" im Paket stünden 96Prozent der Betriebe Gratiszertifikate zu, warnten die Grünen im EU-Parlament. Dieses muss dem Kompromiss der EU-Länder erst zustimmen. Voraussichtlich tut es das – trotz Vorbehalten – am kommenden Mittwoch. (...)